

Politikberatung und -kommunikation

Big Data für bessere Wirtschaftspolitik nutzen!

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Die Corona-Pandemie und aktuell die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine haben deutlich gemacht, wie wichtig datenbasierte Evidenz für angemessene gesundheits- und wirtschaftspolitische Entscheidungen ist. Gleichzeitig wurde aber einmal mehr offenbar, welche großen Defizite in Sachen Datenverfügbarkeit und -nutzung in Deutschland noch bestehen. Damit empirische Forschung die notwendigen Grundlagen für evidenzbasierte Wirtschaftspolitik schaffen kann, sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass Zugang zu und Nutzung von vorliegenden privaten und amtlichen anonymisierten Daten für die Forschung erleichtert werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen zudem über die notwendige Qualifikation verfügen, um Big Data-Technologien anzuwenden. Darüber hinaus sollte die Wissenschaft attraktive Bedingungen und die notwendigen Anreize bieten, um datengetriebene Forschung zu betreiben.

Die Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen führt dazu, dass Daten prinzipiell im Überfluss vorhanden sind. Innovative Forschungsdesigns nutzen diese Daten auch bereits. So wird etwa die konjunkturelle Entwicklung mit Hilfe von Kreditkartenumsätze oder Bewegungsdaten abgeschätzt. Insbesondere in Krisenzeiten, in denen schnelles politisches Handeln notwendig ist, sind alternative Datenquellen wichtig, da amtliche Daten meist erst mit mehrmonatiger Verzögerung veröffentlicht werden. Schnell verfügbare Daten, die oft von Unternehmen bereitgestellt werden, weisen jedoch häufig Qualitätsmängel auf bzw. müssen aufwändig bearbeitet werden, um für Forschungszwecke nutzbar zu sein. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit die Datensammlung durch Unternehmen unabhängig und verlässlich erfolgt und der Datenzugang langfristig gesichert ist. Datenpipelines, die schnell verfügbare Daten in guter Qualität bereitstellen, könnten einen wichtigen Beitrag leisten, um schneller adäquat handeln zu können. Das vom Statistischen Bundesamt bereit gestellte Dashboard Deutschland mit über 100 Indikatoren ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf:
www.econwatch.org

Um große Datenmengen privater Anbieter verlässlich nutzen und auch mit Daten der amtlichen Statistik kombinieren zu können, sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden. Zudem sollten der Zugang zu und die Verknüpfung von amtlichen Daten erleichtert werden. So ist es etwa im Bereich der Arbeitsmarktstatistik in vielen Fällen möglich, Daten zu verknüpfen, während dies für Unternehmensdaten bisher nicht gleichermaßen möglich ist. Dies liegt auch daran, dass es in Deutschland aus Sorge, dass aus den Daten Rückschlüsse auf einzelne Personen oder Unternehmen gezogen werden könnten, in Politik und Gesellschaft teilweise an der notwendigen Akzeptanz mangelt, solche Daten überhaupt zu nutzen. „Änderungen am Statistikgesetz sind notwendig, bedeuten aber das Bohren dicker Bretter, u. a., da neben dem Statistischen Bundesamt auch länderspezifische Interessen von 16 Statistischen Landesämtern einzubeziehen sind“, betont Stefan Profit. Instruktive Beispiele dafür, welchen gesellschaftlichen Mehrwert ökonomische Analysen schaffen, könnten für mehr Akzeptanz in Politik und Öffentlichkeit sorgen.

Um sich im Datenschlaf zurecht zu finden und auch große Datenmengen mit neuen Methoden wie etwa dem Machine Learning analysieren zu können, müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die notwendigen Fachkenntnisse verfügen. „In Sachen Data Literacy, d. h. der Kompetenzen im Umgang mit Daten, haben wir in Deutschland noch Nachholbedarf“, betont Vera Demary. „Für hochwertige Kausalanalysen sind zudem neben (Mikro-)Ökonomen auch Dateningenieure und Programmierer gefragt“, so Demary weiter. Interdisziplinäre Forschung ist allerdings in diesem Bereich noch nicht weit verbreitet, auch weil es für gemischte Teams schwierig ist, mit einer Sprache zu sprechen und in angesesehenen Zeitschriften zu publizieren.

Hinzu kommt, dass es für den akademischen Nachwuchs in der Ökonomie oftmals weniger attraktiv ist, sich mit auf Deutschland bezogenen wirtschaftspolitischen Problemen zu befassen, da es damit vergleichsweise schwierig ist, in hochrangigen internationalen Zeitschriften publiziert zu werden. Dies ist jedoch für eine Karriere in der Wissenschaft essentiell. Arbeiten mit empirischen Daten aus Deutschland stärker bei Berufungsverfahren zu honorieren, würde die Anreize für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbessern, sich mit relevanten wirtschaftspolitischen Themen zu befassen. „Auch ein ‘Daten-Empfehlungs-Tool’, das aufzeigt, welche Daten wie kombiniert werden können, welche Daten Qualitäts-

KERNAUSSAGEN

Big Data-Technologien und neue Datenquellen können einen wichtigen Beitrag für eine bessere Wirtschaftspolitik leisten. Dazu sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass der Zugang zu privaten und amtlichen Daten sowie deren Nutzung für die Forschung erleichtert wird. Zudem gilt es, Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler besser im Umgang mit Daten und Analysemethoden auszubilden und ihnen attraktive Rahmenbedingungen zu bieten, um der zunehmenden Konkurrenz mit privaten Unternehmen zu begegnen. Schließlich ist auch mehr gesellschaftliche Akzeptanz für die Nutzung von Big Data erforderlich.

probleme aufweisen, welche Publikationen aus den Analysen resultieren etc., könnte helfen, die wissenschaftliche Arbeit mit Daten attraktiver und besser zu machen“, so Stefan Bender.

Da sich auch Unternehmen zunehmend die Analyse großer Datenmengen zunutze machen, stehen Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit guten Datenanalysefähigkeiten hoch im Kurs. Viele von ihnen wählen daher den Weg in die Privatwirtschaft, nicht zuletzt auch wegen der besseren Bezahlung. „Angesichts der großen Nachfrage aus dem privaten Sektor für gut ausgebildete Absolventinnen und -absolventen sollte die Nachwuchsförderung im akademischen Bereich verbessert und insgesamt für attraktive Rahmenbedingungen in der Wissenschaft gesorgt werden“, fordert Joachim Winter.

Big Data-Technologien und neue Datenquellen können einen wichtigen Beitrag für evidenzbasierte Wirtschaftspolitik leisten. Als Gesellschaft sollten wir diese neuen Möglichkeiten bestmöglich nutzen. Dies erfordert die notwendige Akzeptanz wie auch die richtigen Rahmenbedingungen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Making use of big data for evidence-based economic policy: getting the framework conditions right“ im Rahmen der Jahrestagung 2022 des Vereins für Socialpolitik mit Prof. Stefan Bender (Dt. Bundesbank), Dr. Vera Demary (IWF Köln), Dr. Stefan Profit (BMWK) und Prof. Dr. Joachim Winter (LMU München und Rat SWD).

Moderation: Dr. Patrick Bernau (FAS).

Impressum

ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Poststraße 12

10178 Berlin